

# Humane Kontrolle durch Migrationspartnerschaften

**Anhörung im Innenausschuss des Deutschen Bundestag  
Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems**

**Gerald Knaus**

**27. März 2023**

## *Inhaltsübersicht*

<b>"HUMANE KONTROLLE"</b> .....	<b>2</b>
DAS FEHLEN EINER "HUMANEN KONTROLLE" .....	3
DAS FEHLEN EINER "HUMANEN KONTROLLE" 2022 .....	4
ZWANGSRÜCKFÜHRUNGEN AUS DEUTSCHLAND .....	6
DER ÄRMELKANAL - EIN BLICK IN DEN EUROPÄISCHEN SPIEGEL .....	7
<b>LEHREN AUS DER VERGANGENHEIT</b> .....	<b>10</b>
HOLDING THE BOATS - AUSTRALIEN UNTER FRAZER (1980) .....	10
ABKOMMEN ZWISCHEN DEN USA UND KUBA 1994 .....	12
UNHCR UND DAS MALAYSIA-ABKOMMEN (2011) .....	16
MERKEL-PLAN (2015) .....	17
<b>DEUTSCHLAND - PARADIGMENWECHSEL?</b> .....	<b>18</b>
DER DEUTSCHE KOALITIONSVERTRAG 2021 ÜBER MIGRATION UND FLÜCHTLINGE .....	18
<b>DER ÖSTERREICHISCHE SONDERWEG</b> .....	<b>21</b>
<b>WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN</b> .....	<b>25</b>

## "HUMANE KONTROLLE"

Merkmale einer humanen Kontrolle von Grenzen und Migration:

**Verringerung / Beendigung der irregulären Migration**

**Todesfälle auf See reduzieren / stoppen**

**Vollständige Einhaltung der EMRK und der Genfer Flüchtlingskonvention**

**Kein Refoulement / Pushbacks**

**Um den Tod auf See zu verhindern**, sind zwei Dinge von entscheidender Bedeutung:

Seenotrettung

UND

möglichst wenige Menschen, die in Boote steigen.

Dazu muss **die** irreguläre Migration **reduziert bzw. gestoppt werden**.

Ankünfte **ohne Refoulement** zu verringern

UND

**die Einhaltung der EMRK und der GFK** erfordert:

schnelle Rückführung in einen sicheren Drittstaat.

Dies setzt ein starkes Interesse des sicheren Drittlandes an der Zusammenarbeit voraus.

UND

Fähigkeit, nach der Ankunft schnelle Entscheidungen über die Zulässigkeit zu treffen.

UND

Eine Änderung der EU-Gesetzgebung.

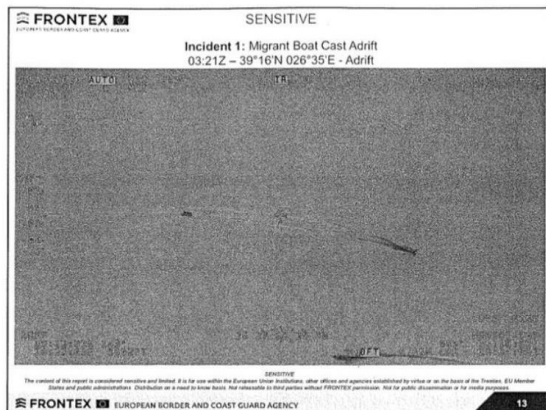
DIES macht das Geschäftsmodell der Schmuggler zunichte und sorgt für eine humane Kontrolle der Seegrenzen.

## Das Fehlen einer "humanen Kontrolle"

### Ägäis und Pushbacks

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
January	955	1,694	67,415	1,393	1,633	1,851	3,136
February	1,001	2,873	57,066	1,089	1,256	1,486	2,161
March	1,501	7,874	26,971	1,526	2,441	1,904	2,255
April	1,257	13,556	3,650	1,156	3,032	1,856	39
May	1,703	17,889	1,721	2,110	2,916	2,651	229
June	3,198	31,318	1,554	2,012	2,439	3,122	266
July	3,927	54,899	1,920	2,249	2,545	5,008	314
August	6,742	107,843	3,447	3,584	3,197	7,712	453
September	7,454	147,123	3,080	4,886	3,960	10,551	265
October	7,432	211,663	2,970	4,134	4,073	8,996	125
November	3,812	151,249	1,991	3,215	2,075	8,426	225
December	2,056	108,742	1,665	2,364	2,927	6,163	246
<b>Total</b>	<b>41,038</b>	<b>856,723</b>	<b>173,450</b>	<b>29,718</b>	<b>32,494</b>	<b>59,726</b>	<b>9,714</b>

Finally, they abandon the dinghy at sea, without a functioning motor, as the Frontex aircraft reports.

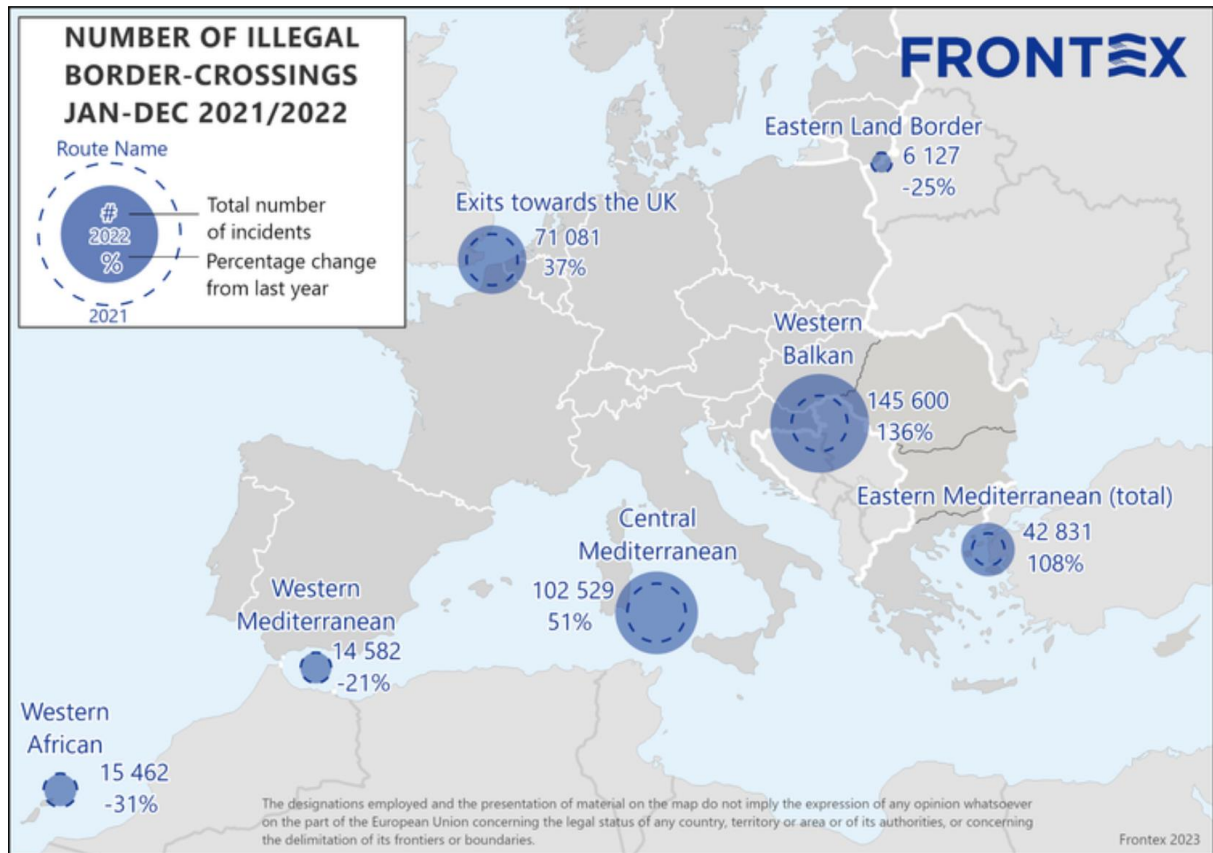


Schicksal des Frontex-Übersetters (italienischer Staatsbürger) in Griechenland im September 2021:

"Er sagte, dass er und viele der Migranten, mit denen er festgenommen wurde, geschlagen und entkleidet wurden und dass die Polizei ihre Telefone, ihr Geld und ihre Dokumente beschlagnahmte. Seine Versuche, der Polizei mitzuteilen, wer er war, wurden mit Gelächter und Schlägen beantwortet. Er sagte, er sei in ein abgelegenes Lagerhaus gebracht worden, wo er mit mindestens 100 anderen Personen, darunter Frauen und Kinder, festgehalten wurde. Anschließend wurden sie in Gummiboote verfrachtet und über den Fluss Evros auf türkisches Gebiet gebracht."

(New York Times, 2021)

## Das Fehlen einer "humanen Kontrolle" 2022



### Irreguläre Grenzübertritte 2022 - Frontex<sup>1</sup>

Land	Illegale Grenzübertritte
Westafrika	15.462
Westliches Mittelmeer	14.582
<b>Zentraler Mittelmeerraum</b>	<b>102.529</b>
<b>Östliches Mittelmeer</b>	<b>42.831</b>
Östliche Landgrenze	6.127
Westliche Balkanstaaten	145.600
Ausreise in das Vereinigte Königreich	71.081

<sup>1</sup> [frontex.europa.eu](https://frontex.europa.eu), "EU's external borders in 2022: Number of irregular border crossings highest since 2016", 13. Januar 2023.

**Reduzierung der irregulären Einreisen in die EU in vier Schritten 2023:**

1. Verringerung der Einreisen nach Italien
2. Verringerung der Ankünfte in Griechenland
3. Verringerung der Ankünfte auf den Kanarischen Inseln
4. Verringerung der Ankünfte auf dem spanischen Festland.

Was ist erforderlich, um diese Ziele zu erreichen?

ein sicheres Drittland für Rückführungen im zentralen Mittelmeerraum

ein sicheres Drittland für Rückführungen im östlichen Mittelmeerraum

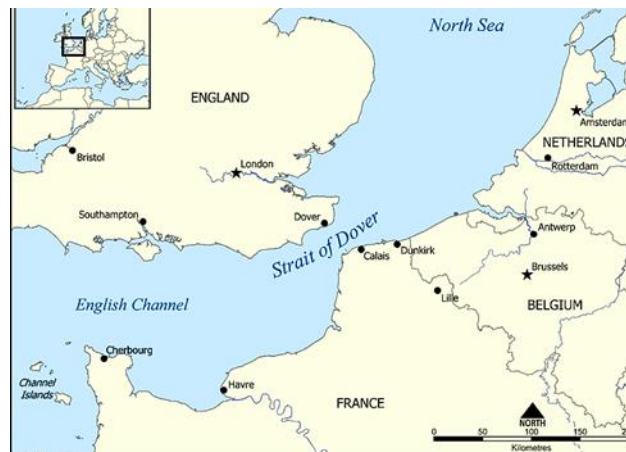
ein sicheres Drittland für Rückführungen im westlichen Mittelmeerraum

**Zwangsrückführungen aus Deutschland<sup>2</sup>**

	<b>2019</b>	<b>2020</b>	<b>2021</b>
<b>Alle Rückführungen</b>	<b>22.097</b>	<b>10.800</b>	<b>11.982</b>
- In EU/Schengen-Länder	9.571 (43%)	4.076 (38%)	4.082 (34%)
- Westliche Balkanstaaten	4.162 (19%)	2.627 (24%)	2.497 (21%)
- Georgien, Moldawien, Ukraine	1.947 (9%)	1.807 (17%)	1.893 (16%)
- Andere europäische Staaten	480 (2%)	153 (1%)	128 (1%)
- Marokko, Algerien, Tunesien	1.590 (7%)	407 (4%)	331 (3%)
- Rest der Welt	4.347 (20%)	1.730 (16%)	3.051 (25%)
Davon in das übrige Afrika	930 (4%)	348 (3%)	668 (6%)
Nigeria	404	Nigeria 101	Nigeria 207
Ghana	198	Ghana 72	Ghana 170
Gambia	80	Gambia 42	Guinea 79
Ägypten	67	Guinea 38	Ägypten 56
Senegal	30	Ägypten 27	Gambia 54
Guinea	26	Äthiopien 11	Senegal 30
Kamerun	24	Kamerun 9	Äthiopien 26
Sudan	15	Kongo, Dem. Rep. 7	Kamerun 7
Benin	12	Rep. 7	Mali 7
Somalia	9	Côte d'Ivoire 5	Sierra Leone 7
Kongo Dem. Rep.	7	Sudan 5	Sudan 5
Côte d'Ivoire	6	Somalia 5	Kenia 4
Uganda	6	Senegal 5	Burkina Faso 3
Kenia	6	Mali 4	Tansania 3
Äthiopien	4	Benin 3	Benin 2
Angola	4	Tansania 3	Niger 2
Tansania	3	Kenia 3	Côte d'Ivoire 1
Guinea-Bissau	3	Angola 2	Eritrea 1
Mali	3	Niger 2	Mauritius 1
Madagaskar	3	Guinea-Bissau	Simbabwe 1
Tschad	2	1	Uganda 1
Dschibuti	2	Sierra Leone 1	C.A.R. 1
Sierra Leone	2	Eritrea 1	
Niger	2	Burkina Faso 1	
Eritrea	2		
Togo	2		
Mauretanien	1		
Simbabwe	1		
Südafrika	1		
Burkina Faso	1		
Mauritius	1		
Sambia	1		
Namibia	1		
Gabun	1		

<sup>2</sup> Deutscher Bundestag, [Abschiebungen und Ausreisen 2019, Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linken](#), [Abschiebungen und Ausreisen 2020, Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linken](#), [Abschiebungen und Ausreisen 2021, Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linken](#).

## Der Ärmelkanal - ein Blick in den europäischen Spiegel



Die Zahlen sind bemerkenswert, und sie sind schnell gestiegen. Im Jahr 2018 überquerten weniger als 300 irreguläre Migranten den Ärmelkanal von Frankreich in das Vereinigte Königreich (VK). Im Jahr 2022 waren es 46.000. Die Zahl steigt weiter an und könnte in diesem Jahr 60.000 oder mehr erreichen.

### *Irreguläre Bootsüberfahrten im Kanal<sup>3</sup>*

<b>Jahr</b>	<b>Personen</b>
2018	299
2019	1.843
2020	8.466
2021	28.526
2022	45.756

Hinter diesen Zahlen verbirgt sich eine wilde und gefährliche Realität. Zwei europäische Demokratien sind nicht in der Lage, die Kontrolle über eine Grenze auszuüben, die sich unter ihren Augen in einen regelrechten Tatort verwandelt hat. Schmuggler, die Tausende von Euro verlangen, setzen Männer, Frauen und Kinder in instabile Schlauchboote, manchmal bei schlechtem Wetter. Hunderte von britischen und französischen Polizisten, Grenz- und Küstenwächtern versuchen, sie aufzuhalten. Dazwischen befinden sich Menschen wie Maryam Nuri Mohamed Amin, eine 24-Jährige aus einer friedlichen Stadt im Nordirak, die ihr Leben an einem frühen Morgen im November 2021 in die Hände solcher Schmuggler legte und im eiskalten Wasser ertrank, als ihr Boot entleert wurde. Maryams Motiv war Liebe: Nachdem sie ein Visum für Italien erhalten hatte, wollte sie zu ihrem Verlobten ziehen, der im Vereinigten Königreich lebte.<sup>4</sup> Stattdessen wurde ihr toter Körper an trauernde Verwandte im Irak zurückgegeben.<sup>5</sup> An diesem Tag sprach der französische Innenminister Gérald Darmanin von einer "absoluten Tragödie, die uns mit Wut erfüllt".<sup>6</sup> 31 Menschen starben bei einem Unfall.<sup>7</sup> Ansonsten aber war es "ein Tag wie jeder andere" (Darmanin) am Ärmelkanal. 780 französische

<sup>3</sup> Innenministerium, [Irreguläre Migration in das Vereinigte Königreich](#).

<sup>4</sup> BBC, "[Kanal-Katastrophe: Kurdische Frau als erstes Opfer identifiziert](#)", 28. November 2021.

<sup>5</sup> France 24, "[In Irakisch-Kurdistan trauert die Familie um das Opfer des tödlichen Schiffsunglücks im Ärmelkanal](#)", 29. November 2021.

<sup>6</sup> New York Times, "[Mindestens 27 Tote nach dem Kentern eines Migrantenboots im Ärmelkanal](#)", 24. November 2021.

<sup>7</sup> The Guardian, "[A timeline of migrant channel crossing deaths since 2019](#)", 14. Dezember 2022.

Polizeibeamte überwachten an jenem Mittwoch die Küstenlinie.<sup>8</sup> Die britische Seeschiffahrts- und Küstenwache wurde an diesem Tag 90 Mal alarmiert, und 250 Menschen überquerten den Ärmelkanal in wackeligen Booten.<sup>9</sup>

Seitdem ist die Situation außer Kontrolle geraten. Im August 2022 überquerten fast 1.300 Menschen an einem einzigen Tag den Ärmelkanal. Im Jahr 2022 überquerten viel mehr Menschen den Ärmelkanal, um ins Vereinigte Königreich zu gelangen, als den Atlantik und das westliche Mittelmeer, um von Afrika nach Spanien zu gelangen. Im Januar und Februar 2023 überquerten etwa 3.000 Menschen den Kanal. Das waren mehr als doppelt so viele wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres.<sup>10</sup> Wenn nichts unternommen wird, um die Situation im Jahr 2023 zu ändern, werden noch viel mehr Menschen den Kanal überqueren und noch mehr Menschen werden sterben.

Wenn es jedoch eine Außengrenze der Europäischen Union gibt, an der es möglich sein sollte, sofort zu zeigen, *wie* eine humane Kontrolle der irregulären Migration funktionieren könnte, dann ist es hier, im Ärmelkanal. Sowohl das Vereinigte Königreich als auch Frankreich sind wohlhabende Demokratien, die auf Rechtsstaatlichkeit basieren und für Asylsuchende sicher sind. Was fehlt, ist der richtige Plan.

---

<sup>8</sup> The Telegraph, "[Der Tag, an dem uns das Glück verließ: Wie sich die Tragödie der Migranten im Ärmelkanal abspielte](#)", 24. November 2021.

<sup>9</sup> New York Times, "[Mindestens 27 Tote nach dem Kentern eines Migrantenboots im Ärmelkanal](#)", November 2021.

<sup>10</sup> UK Home Office, "[Migranten in kleinen Booten beim Überqueren des Ärmelkanals entdeckt](#)"



## **Der Kanal 40.000 Plan**

*In diesem Papier wird ein Abkommen zwischen dem Vereinigten Königreich und Frankreich skizziert, das unmittelbare Auswirkungen hätte und die Zahl der Überfahrten von irregulären Migranten und Asylbewerbern über den Ärmelkanal verringern würde. Es zielt darauf ab, die Kontrolle wiederherzustellen und dabei das Völkerrecht und die Europäische Menschenrechtskonvention in vollem Umfang zu respektieren.*

Wir schlagen Verhandlungen zwischen dem Vereinigten Königreich, Frankreich und anderen interessierten EU-Mitgliedstaaten vor, um eine Erklärung zum Ärmelkanal zu erreichen, die auf den folgenden Grundsätzen beruht:

- Das Vereinigte Königreich bietet an, in den nächsten drei Jahren jährlich bis zu 40.000 anerkannte Flüchtlinge oder Asylbewerber aufzunehmen, die (familiäre) Bindungen im Vereinigten Königreich haben. Es sollte möglich sein, diese legalen Wege nach Großbritannien aus Frankreich und anderen EU-Ländern zu beantragen.
- Frankreich erklärt sich bereit, alle Personen, die sein Hoheitsgebiet irregulär verlassen, ab einem bestimmten Datum in das Vereinigte Königreich zurückzunehmen. Es obliegt den Behörden des Vereinigten Königreichs, Entscheidungen über die Unzulässigkeit zu treffen, die der Tatsache Rechnung tragen, dass Frankreich ein sicheres Drittland ist. Ziel dieser Rückführungen ist es, alle Anreize für den Versuch einer irregulären Einreise in das Vereinigte Königreich zu beseitigen, und zwar unter Einhaltung des britischen und internationalen Rechts.
- Deutschland und andere Mitgliedstaaten, die eine solche Regelung unterstützen - wie die Niederlande, Belgien und Dänemark - sollten sich dieser Erklärung anschließen können.

*In diesem Papier wird erläutert, dass eine solche Zusammenarbeit im Interesse des Vereinigten Königreichs, Frankreichs, Deutschlands und anderer EU-Länder sowie des UNHCR und von Flüchtlingsrechtsorganisationen liegt. Angesichts der Zunahme gewaltsamer Pushbacks und tödlicher Grenzen in der EU und weltweit würde eine solche Zusammenarbeit einen Paradigmenwechsel hin zu einer humanen Migrationskontrolle markieren, wie sie auch im Koalitionsvertrag der deutschen Regierung von 2021 festgeschrieben ist.*

## LEHREN AUS DER VERGANGENHEIT

### Holding the Boats - Australien unter Frazer (1980)

*Malcolm Fraser, Australiens konservativer Premierminister von 1975 bis 1983, "stoppte" Flüchtlingsboote, indem er mit Zehntausenden von Flüchtlingen aus benachbarten südostasiatischen Ländern zusammenarbeitete und sie umsiedelte. Bis zu seinem Tod im Jahr 2015 war Fraser ein scharfer Kritiker der Nauru-Politik seiner Nachfolger.*<sup>11</sup>

Australischen Regierungen ist es in den letzten 50 Jahren dreimal gelungen, die Zahl der in Booten nach Australien kommenden Menschen drastisch zu reduzieren: 2001 und 2013 mit den Lagern auf Nauru und Manus sowie ab 1980 durch die Politik von Malcolm Fraser. Von 1976 bis 1979 erreichten 2029 vietnamesische Bootsflüchtlinge Australien, aber in den Jahren danach kamen kaum noch Boote an.

Meinungsumfragen im Jahr 1979 zeigten Fraser, dass die Mehrheit der Australier die Neuansiedlung einer "begrenzten Anzahl" von Flüchtlingen im Rahmen eines geordneten Verfahrens befürwortete.<sup>12</sup> Gleichzeitig wusste seine Regierung, wie wichtig es war, die Kontrolle über die irreguläre Migration sicherzustellen. Denn schon damals versetzten selbst geringe Zahlen irregulärer Ankömmlinge die Bevölkerung in Alarmbereitschaft. Die Notfallpläne der Regierung sahen Maßnahmen vor, die alle in den folgenden Jahren ergriffen wurden: Bootsflüchtlinge auf unbestimmte Zeit in abgelegenen Gebieten mit minimaler Versorgung festzuhalten oder ihnen die Erlaubnis zum Anlegen zu verweigern. Im Jahr 1979 geschah dies jedoch nicht.

*Australien unter Fraser: "Holding the boats"*<sup>13</sup>

<b>Irreguläre Ankünfte</b>	
1976	111
1977	868
1978	746
1979	304
1980	0
1981	30
1982	0
1983	0
1984	0
1985	0
1986	0
1987	0
1988	0
1989	26

Fraser beschloss, mit den Transitländern zusammenzuarbeiten. Er bot den Regierungen von Malaysia und Indonesien an, Flüchtlinge in Australien anzusiedeln, wenn sie im Gegenzug die Boote daran hindern, nach Australien zu fahren. Der damalige Einwanderungsminister Fraser

<sup>11</sup> Foto: Wikimedia Commons / Commonwealth of Australia 2011

<sup>12</sup> Claire Higgins, *Asylum by Boat: Origins of Australia's Refugee Policy* (2017), 35.

<sup>13</sup> Janet Phillips und Sozialpolitik, "Boat arrivals and boat 'turnbacks' in Australia since 1976: a quick guide to the statistics", Parliamentary library, Research Paper Series, 17. Januar 2017, [https://www.aph.gov.au/About\\_Parliament/Parliamentary\\_Departments/Parliamentary\\_Library/pubs/rp/rp1617/Quick\\_Guides/BoatTurnbacks](https://www.aph.gov.au/About_Parliament/Parliamentary_Departments/Parliamentary_Library/pubs/rp/rp1617/Quick_Guides/BoatTurnbacks).

bezeichnete es als "naiv", anzunehmen, dass Erstaufnahmeländer wie Malaysia "das australische Ziel, Flüchtlinge - vielleicht auf unbestimmte Zeit - festzuhalten, bis eine internationale Neuansiedlung organisiert werden kann, wohlwollend betrachten würden".<sup>14</sup>

Es gibt ein faszinierendes Buch der australischen Historikerin Claire Higgins über diese Zeit und die internen Diskussionen in Frasers Regierung. Darin beschreibt sie, dass damals auch Formen der Abschreckung erwogen, dann aber verworfen wurden. Allerdings erklärte der Migrationsminister in fast jeder Pressemitteilung, dass die australische Regierung "alles unter Kontrolle" habe. Im Januar 1978 betonte er, dass Australien eine strengere Politik gegenüber Bootsflüchtlingen verfolgen würde, sollten diese zu einem größeren Phänomen werden.<sup>1516</sup> Higgins zeigt auch, dass die USA und Australien potenzielle Flüchtlingsboote in den Häfen der Transitländer heimlich beschädigten, um die Weiterreise unmöglich zu machen.<sup>17</sup>

Die Politik der großzügigen Aufnahme von Flüchtlingen wurde also auch dadurch ermöglicht, dass irreguläre Boote gestoppt wurden. Zwischen 1981 und 1989 erreichte kein einziges Boot Australien irregulär.

---

<sup>14</sup> Claire Higgins, 105.

<sup>15</sup> Claire Higgins, 46. Zu dieser Zeit an den Wahlurnen: 35.

<sup>16</sup> Claire Higgins, 31.

<sup>17</sup> Claire Higgins, 102.

### Abkommen zwischen den USA und Kuba 1994

Am 13. Juli 1994 kaperte eine Gruppe von Kubanern einen 115 Jahre alten Schlepper und fuhr nach Florida. Die kubanische Polizei rammte das Boot und siebenunddreißig Menschen ertranken. Es folgten weitere Entführungen, um in die USA zu gelangen.

Am 11. August 1994 verkündete der kubanische Präsident Fidel Castro, dass die kubanische Polizei keine Ausreisewilligen mehr aufhalten werde, es sei denn, es handele sich um Flugzeugentführer. Er gab der US-Migrationspolitik die Schuld: "Je weniger Visa[ die USA] für legale Reisen erteilten, desto mehr illegale Einreisen gab es."<sup>18</sup> Innerhalb weniger Tage stiegen Tausende von Kubanern in kleine Boote, Flöße und sogar in Autos, die mit Pontons ausgestattet waren. Die Balsero-Krise (*Balsero* bedeutet Floß) hat begonnen. Die Reaktion in den USA war Panik.

Der Gouverneur von Florida forderte die US-Regierung auf, den Flößern die Einreise zu verweigern. Die US-Küstenwache fing sie auf See ab. Es war nicht möglich, sie zurückzudrängen - die Flöße waren kaum schwimmfähig. Es war auch unmöglich, sie ohne die Zustimmung der kubanischen Regierung zurückzuschicken.

Am 19. August 1994 verkündete Clinton die Ziele der US-Politik: Leben retten, Asylanträge prüfen und alle Migranten ohne Asylantrag auf dem US-Marinestützpunkt Guantanamo an der Grenze zu Kuba festhalten. Die Geretteten würden so lange in Guantanamo bleiben, bis ein Drittland sie aufnimmt:

"Heute habe ich angeordnet, dass illegale Flüchtlinge aus Kuba nicht in die Vereinigten Staaten einreisen dürfen. Auf See gerettete Flüchtlinge werden zu unserem Marinestützpunkt in Guantanamo gebracht, während wir die Möglichkeit anderer sicherer Zufluchtsorte in der Region prüfen."<sup>19</sup>

Diese Politik war ein völliger Fehlschlag. Am 18. August, dem Tag vor Clintons Ankündigung, rettete die US-Küstenwache 535 Flößer aus dem Meer. Am 23. August, fünf Tage später, wurden 3.253 aufgegriffen. Guantanamo füllte sich schnell. Die Spannungen stiegen. Kein Land meldete sich freiwillig, um den USA zu helfen. Panama erklärte sich bereit, einige Personen für eine begrenzte Zeit aufzunehmen. Spanien erklärte sich bereit, 72 Personen aufzunehmen.<sup>20</sup> Es wurde schnell klar, dass die USA diese Krise ohne die Kooperation Kubas nicht lösen konnten.

**Am 22. August 1994** verkündete der US-Außenminister, dass die US-Regierung "bereit sei, mit der kubanischen Regierung über legale Auswanderung zu sprechen". Kurz darauf begannen geheime Gespräche zwischen den beiden Regierungen - unter Vermittlung von Jimmy Carter, dem mexikanischen Präsidenten Carlos Salinas de Gotari und dem Schriftsteller Gabriel Garcia Marquez. Kuba hatte klare Vorstellungen davon, was es wollte und wo es sich betrogen fühlte. 1984 hatte US-Präsident Reagan den Kubanern 20.000 Einwanderungsvisa pro Jahr versprochen. Dieses Versprechen wurde nie eingelöst. Fidel Castro beschwerte sich darüber,

<sup>18</sup> Interview mit Castro im Radio- und Fernsehnetz von Havanna am 25. August 1994 (vollständige Abschrift in englischer Sprache [hier](#) verfügbar).

<sup>19</sup> U.S. Government Publishing Office, "[Weekly Compilation of Presidential Documents Volume 30-Number 33](#)", S. 15.

<sup>20</sup> *The Washington Post*, "[Die USA beginnen damit, kubanische Flüchtlinge aus Panama zum Marinestützpunkt Guantanamo zu fliegen](#)"

dass die USA "in den acht Jahren seit dem Abkommen 160.000 Visa hätten ausstellen sollen, aber nur 11.222 ausstellten."<sup>21</sup>

Am 9. September 1994 gaben die beiden Regierungen eine einseitige gemeinsame Erklärung ab. Die USA verpflichteten sich:

"sicherzustellen, dass die legale Einwanderung aus Kuba in die Vereinigten Staaten mindestens 20.000 Kubaner pro Jahr beträgt, unmittelbare Verwandte von US-Bürgern nicht eingerechnet."<sup>22</sup>

Kuba verpflichtete sich dazu:

"auf jede erdenkliche Weise wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um unsichere Abflüge zu verhindern, und dabei vor allem überzeugende Methoden anzuwenden".<sup>23</sup>

Es akzeptierte die Rücknahme *der in Guantanamo inhaftierten Personen*, die freiwillig zurückkehrten:

"Die Vereinigten Staaten und die Republik Kuba sind übereingekommen, dass die freiwillige Rückkehr kubanischer Staatsangehöriger, die am oder nach dem 19. August 1994 in den Vereinigten Staaten oder in sicheren Zufluchtsorten außerhalb der Vereinigten Staaten eingetroffen sind, weiterhin auf diplomatischem Wege geregelt wird."<sup>24</sup>

Um die jährliche Quote zu erfüllen, wurde eine "Visalotterie" eingeführt.<sup>25</sup> Um an der Lotterie teilnehmen zu können, musste der Antragsteller zwischen 18 und 55 Jahre alt sein und "mindestens zwei der drei grundlegenden Qualifikationen für dieses Programm erfüllen (High-School-Abschluss, drei oder mehr Jahre Berufserfahrung, in den Vereinigten Staaten lebende Verwandte)."<sup>26</sup> Diejenigen, die über die Lotterie ein Visum erhalten, dürfen ihre Familien mitbringen.

Die Zahl der Menschen, die das Meer überqueren, ging nach dem Abkommen drastisch zurück. Am 10. September 1994 rettete die Küstenwache 1.004. Am 12. September 283. Am 14. September 17. Und am 18. September gar keine.<sup>27</sup> Die Erklärung von 1994 ließ jedoch das Problem von Guantanamo ungelöst, wo nur wenige nach Kuba zurückkehren wollten. Der US-Marinestützpunkt war zu einem Gefangenenlager geworden, in dem 21.000 kubanische Flößer festgehalten wurden. Die Kommandanten berichteten von "Massenfrustration, Gewalt und sogar Selbstmorden". Einige spritzten sich "Dieselkraftstoff in die Venen ... in der Hoffnung, in die Vereinigten Staaten transportiert zu werden, um dort in einem Krankenhaus behandelt zu werden."<sup>28</sup>

Morton Halperin im Weißen Haus, der die Inhaftierungspolitik im Nationalen Sicherheitsrat entwickelt hatte, vertrat die Ansicht, dass die einzige Möglichkeit, die Insassen von

<sup>21</sup> Interview mit Castro im Radio- und Fernsehnetz von Havanna am 25. August 1994 (vollständige Abschrift in englischer Sprache [hier](#) verfügbar).

<sup>22</sup> *Los Angeles Times*, [Text der gemeinsamen Erklärung zu Flüchtlingen](#).

<sup>23</sup> *Los Angeles Times*, [Text der gemeinsamen Erklärung zu Flüchtlingen](#).

<sup>24</sup> *Los Angeles Times*, [Text der gemeinsamen Erklärung zu Flüchtlingen](#).

<sup>25</sup> U.S. Department of State, "[Lotterie \(Sonderprogramm für kubanische Migration\)](#)".

<sup>26</sup> U.S. Department of State, "[Lotterie \(Sonderprogramm für kubanische Migration\)](#)".

<sup>27</sup> William LeoGrande und Peter Kornbluh, *Back channel to Cuba. The Hidden History of Negotiations between Washington and Havana*, University of North Carolina Press, 2015, S. 295.

<sup>28</sup> William LeoGrande und Peter Kornbluh, *Back channel to Cuba. The Hidden History of Negotiations between Washington and Havana*, University of North Carolina Press, 2015, S. 296.

Guantanamo in die USA aufzunehmen, die gleichzeitige Ankündigung sei, dass "wir von nun an Menschen nach Kuba zurückschicken".<sup>29</sup> Am **2. Mai 1995 wurde eine zweite gemeinsame Erklärung der USA und Kubas** veröffentlicht. Die USA erklärten sich bereit, alle in Guantanamo festgehaltenen Personen in die USA einzulassen.<sup>30</sup> Sie kündigten außerdem an, dass kubanische Flößer von nun an direkt nach Kuba zurückgeschickt werden würden. Asylanträge würden vor der Rückführung geprüft werden:

"Kubaner, die auf See aufgegriffen werden, werden nicht mehr in den sicheren Hafen von Guantanamo Bay gebracht, sondern nach Kuba zurückgeschickt, wo sie auf legalem Wege bei der U.S. Interests Section einen Antrag auf Einreise in die Vereinigten Staaten stellen können. Bei der Erörterung dieser Ankündigung erklärte der Generalstaatsanwalt, dass Maßnahmen ergriffen würden, um sicherzustellen, dass Personen, die ein echtes Schutzbedürfnis geltend machen, das ihrer Meinung nach nicht durch einen Antrag bei der US-Interessenabteilung befriedigt werden kann, vor ihrer Rückführung nach Kuba geprüft würden."<sup>31</sup>

Die Erklärung hat funktioniert.<sup>32</sup>

*Von der US-Küstenwache auf See abgefangene Kubaner*<sup>33</sup>

1994	38.560
1995	525
1996	411
1997	421
1998	903
1999	1.619
2000	1.000

Auch die USA sind ihren Verpflichtungen nachgekommen:

*An Kubaner erteilte US-Visa*<sup>34</sup>

1991	1.376
1992	910
1993	964
1994	544
1995	26.453
1996	15.700
1997	15.899
1998	15.787

<sup>29</sup> William LeoGrande und Peter Kornbluh, *Back channel to Cuba. The Hidden History of Negotiations between Washington and Havana*, University of North Carolina Press, 2015, S. 297.

<sup>30</sup> ["Gemeinsame Erklärung mit der Republik Kuba zur Normalisierung der Migration, 2. Mai 1995"](#).

<sup>31</sup> [United States General Accounting Office, "Report to Congressional Requesters - U.S. Response to the 1994 Cuban Migration Crisis"](#).

<sup>32</sup> Die höchste Zahl seit der Erklärung von 1994 wurde 2016 erreicht: 5.228. Dies geschah höchstwahrscheinlich in Erwartung von Obamas Beendigung der Politik des "nassen Fußes, trockenen Fußes". Nach Obamas Ankündigung am 12. Januar 2017 sanken die Zahlen drastisch.

<sup>33</sup> Jorge I. Dominguez, Rafael M. Hernandez, und Lorena G. Barberia, Hrsg. *Debating U.S.-Cuban Relations. How Should We Now Play Ball?* Routledge, 2017, S. 210.

<sup>34</sup> Jorge I. Dominguez, Rafael M. Hernandez, und Lorena G. Barberia, Hrsg. *Debating U.S.-Cuban Relations. How Should We Now Play Ball?* Routledge, 2017, S. 208.

1999	24,149
2000	21,228

## UNHCR und das Malaysia-Abkommen (2011)

PRESS RELEASE



Monday 25 July 2011

### UNHCR Statement on the Australia-Malaysia Arrangement

GENEVA – UNHCR notes the signature today of a bilateral Arrangement between Australia and Malaysia on transfer and resettlement.

UNHCR is not a signatory to the Arrangement, however it appreciates that both Governments have consulted with the Office.

UNHCR's preference has always been an arrangement which would enable all asylum-seekers arriving by boat into Australian territory to be processed in Australia. This would be consistent with general practice.

The current Arrangement worked out by both parties takes a different approach. It responds to the particular domestic and regional context of the asylum and migration situation in the Asia-Pacific region, which includes the need to address people smuggling challenges and, in particular, to prevent further loss of life at sea.

UNHCR hopes that the Arrangement will in time deliver protection dividends in both countries and the broader region. It also welcomes the fact that an additional 4000 refugees from Malaysia will obtain a durable solution through resettlement to Australia. The potential to work towards safe and humane options for people other than to use dangerous sea journeys are also positive features of this Arrangement. In addition, the Malaysian Government is in discussions with UNHCR on the registration of refugees and asylum-seekers under the planned Government programme announced in June on the registration of all migrant workers.

The Arrangement and its implementing guidelines contain important protection safeguards, including respect for the principle of *non-refoulement*; the right to asylum; the principle of family unity and best interests of the child; humane reception conditions including protection against arbitrary detention; lawful status to remain in Malaysia until a durable solution is found; and the ability to receive education, access to health care, and a right to employment.

The critical test of this Arrangement will now be in its implementation both in Australia and Malaysia, particularly the protection and vulnerability assessment procedures under which asylum-seekers will be assessed in Australia prior to any transfer taking place.

UNHCR will continue to monitor and review progress, remaining engaged with the parties to ensure the protection safeguards are implemented in practice as the two governments bring this Arrangement into effect.

Communications  
and Public Information  
Service

HQPI00  
P.O. Box 2500  
CH-1211 Geneva 2

Tel (41 22) 739 85 02  
Fax (41 22) 739 73 14  
[www.unhcr.org](http://www.unhcr.org)





## Merkel-Plan (2015)

### Der Merkel-Plan: Ein Vorschlag zur Lösung der syrischen Flüchtlingskrise

Kontrolle wiederherstellen; Mitgefühl bewahren

Ein Vorschlag für die syrische Flüchtlingskrise

4. Oktober 2015

#### Der Merkel-Plan

*In diesem Papier wird dargelegt, wie ein Abkommen zwischen Deutschland und der Türkei eine unmittelbare und dramatische Auswirkung auf die syrische Flüchtlingskrise haben könnte. Es würde die Kontrolle über die südöstliche Grenze Europas wiederherstellen, ohne das Mitgefühl für die Flüchtlinge zu opfern. Doch mit dem Wiedererstarken der extremen Rechten in ganz Europa schließt sich das Zeitfenster für entschlossenes Handeln schnell.*

Wir schlagen eine sofortige Vereinbarung zwischen Deutschland und der Türkei über die folgenden Punkte vor:

- Deutschland sollte sich bereit erklären, 500.000 in der Türkei registrierten syrischen Flüchtlingen in den kommenden 12 Monaten Asyl zu gewähren.
- Deutschland rechnet schon jetzt mit einer hohen Zahl von Flüchtlingen, die in Deutschland ankommen werden. Doch anstatt darauf zu warten, dass sie die gefährliche Reise über die Ägäis und den westlichen Balkan antreten, sollte Deutschland die Anträge der Türkei in einem fairen und geordneten Verfahren annehmen und den erfolgreichen Antragstellern einen sicheren Transport anbieten. Das Angebot sollte sich auf syrische Flüchtlinge beschränken, die bereits bei den türkischen Behörden registriert sind, um keine Anreize für neue Migrationsströme in die Türkei zu schaffen. Andere EU-Mitgliedstaaten sollten sich dem anschließen.
- Im Gegenzug sollte sich die Türkei bereit erklären, ab einem bestimmten Datum alle neuen Migranten, die Griechenland von ihrem Hoheitsgebiet aus erreichen, zurückzunehmen. Dies würde die Flut der Boote, die die Ägäis überqueren, schnell auf ein Rinnsal reduzieren.
- Deutschland sollte sich bereit erklären, der Türkei zu helfen, im Jahr 2016 visumfrei zu reisen.

*Das Papier erläutert, wie die verschiedenen praktischen und rechtlichen Aspekte dieses Abkommens gelöst werden könnten. Es wird erklärt, warum angesichts der eskalierenden antimigrantischen und antimuslimischen Rhetorik von rechtsextremen Parteien in ganz Europa eine baldige Lösung im vitalen Interesse sowohl Deutschlands als auch der Türkei liegt.*

## DEUTSCHLAND - PARADIGMENWECHSEL?

### Der deutsche Koalitionsvertrag 2021 über Migration und Flüchtlinge

"Wir wollen einen Neuanfang in der Migrations- und Integrationspolitik gestalten, der einem modernen Einwanderungsland gerecht wird. Dafür brauchen wir einen Paradigmenwechsel:

Mit einer aktiven und ordnenden Politik wollen wir Migration vorausschauend und realistisch gestalten. Wir werden irreguläre Migration reduzieren und reguläre Migration ermöglichen. Wir stehen zu unserer humanitären Verantwortung und den Verpflichtungen, die sich aus dem Grundgesetz, der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK), der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und dem Europarecht ergeben, um Geflüchtete zu schützen und Fluchtursachen zu bekämpfen.

#### *Aufenthalts- und Bleiberecht*

Der bisherigen Praxis der Kettenduldungen setzen wir ein Chancen-Aufenthaltsrecht entgegen: Menschen, die am 1. Januar 2022 seit fünf Jahren in Deutschland leben, nicht straffällig geworden sind und sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen, sollen eine einjährige Aufenthaltserlaubnis auf Probe erhalten können, um in dieser Zeit die übrigen Voraussetzungen für ein Bleiberecht zu erfüllen (insbesondere Lebensunterhaltssicherung und Identitätsnachweis gemäß §§ 25 a und b AufenthG).

...

Nicht jeder Mensch, der zu uns kommt, kann bleiben. Wir starten eine Rückführungsoffensive, um Ausreisen konsequenter umzusetzen, insbesondere die Abschiebung von Straftätern und Gefährdern. Der Bund wird die Länder bei Abschiebungen künftig stärker unterstützen. Wir werden unserer besonderen humanitären Verantwortung gerecht und Kinder und Jugendliche grundsätzlich nicht in Abschiebehaft nehmen. Die freiwillige Ausreise hat stets Vorrang. Die staatliche Rückkehrförderung für Menschen ohne Bleiberecht wollen wir finanziell besser ausstatten. Um freiwillige Ausreisen zu fördern, wollen wir staatliche und unabhängige Rückkehrberatung systematisieren und stärken. Wir streben an, dass die zuständige oberste Bundesbehörde für einzelne Herkunftsländer einen temporären nationalen Abschiebestopp erlassen kann.

Asylanträge aus Ländern mit geringen Anerkennungsquoten werden zur Verfahrensbeschleunigung priorisiert.

#### *Europäische und internationale Flüchtlingspolitik*

Wir wollen neue praxistaugliche und partnerschaftliche Vereinbarungen mit wesentlichen Herkunftsländern unter Beachtung menschenrechtlicher Standards schließen. Diese Vereinbarungen sollen ein Gesamtkonzept umfassen wie z. B. den Ausbau von wirtschaftlicher Zusammenarbeit, Technologie-Transfer, Visa-

Erleichterungen, Qualifizierungsmaßnahmen für den deutschen Arbeitsmarkt, Jobbörsen und die Zusammenarbeit bei der Rückkehr abgelehnter Asylsuchender. Der Abschluss möglicher Abkommen wird nicht von finanzieller Unterstützung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit abhängig gemacht. Zur Gestaltung solcher Migrationsabkommen setzt die Bundesregierung einen Sonderbevollmächtigten ein.

... Wir wollen irreguläre Migration wirksam reduzieren und Ursachen für die lebensgefährliche Flucht bekämpfen. Wir wollen die illegalen Zurückweisungen und das Leid an den Außengrenzen beenden.

Der Asylantrag von Menschen, die in der EU ankommen oder bereits hier sind, muss inhaltlich geprüft werden. Die EU und Deutschland dürfen nicht erpressbar sein. Wir wollen verhindern, dass Menschen für geopolitische oder finanzielle Interessen instrumentalisiert werden. Deshalb setzen wir uns für rechtsstaatliche Migrationsabkommen mit Drittstaaten im Rahmen des Europa- und Völkerrechts ein. Wir werden hierfür prüfen, ob die Feststellung des Schutzstatus in Ausnahmefällen unter Achtung der GFK und EMRK in Drittstaaten möglich ist.

Auf dem Weg zu einem gemeinsamen funktionierenden EU-Asylsystem wollen wir mit einer Koalition der aufnahmebereiten Mitgliedstaaten vorangehen und aktiv dazu beitragen, dass andere EU-Staaten mehr Verantwortung übernehmen und EU-Recht einhalten. Die Aufnahmebereitschaft in Deutschland und der EU wollen wir stützen und fördern.

Es ist eine zivilisatorische und rechtliche Verpflichtung, Menschen nicht ertrinken zu lassen. Die zivile Seenotrettung darf nicht behindert werden. Wir streben eine staatlich koordinierte und europäisch getragene Seenotrettung im Mittelmeer an und wollen mit mehr Ländern Maßnahmen wie den Malta- Mechanismus weiterentwickeln. Wir streben eine faire Verantwortungsteilung zwischen den Anrainerstaaten des Mittelmeers bei der Seenotrettung an und wollen sicherstellen, dass Menschen nach der Rettung an sichere Orte gebracht werden.

...

Besonders in der Verantwortung stehende Aufnahme- und Transitländer von Geflüchteten wollen wir dauerhaft unterstützen, um für die Menschen und die aufnehmenden Gemeinden nachhaltige Perspektiven zu schaffen. Wir werden unseren Beitrag zu einer verlässlichen Finanzierung humanitärer Organisationen leisten.

Wir werden die geordneten Verfahren des Resettlement anhand der vom UNHCR gemeldeten Bedarfe verstärken. Wir werden ein humanitäres Aufnahmeprogramm des Bundes in Anlehnung an die bisher im Zuge des Syrien-Krieges durchgeführten Programme verstetigen und diese jetzt für Afghanistan nutzen.

Wir werden unsere Verbündeten nicht zurücklassen. Wir wollen diejenigen besonders schützen, die der Bundesrepublik Deutschland im Ausland als Partner zur Seite standen und sich für Demokratie und gesellschaftliche Weiterentwicklung eingesetzt haben. Deswegen werden wir das Ortskräfteverfahren so reformieren,

dass gefährdete Ortskräfte und ihre engsten Familienangehörigen durch unbürokratische Verfahren in Sicherheit kommen."

## DER ÖSTERREICHISCHE SONDERWEG

Welche EU-Länder gewährten im Jahr 2022 den meisten Schutz? Jährliche Daten sind bei Eurostat noch nicht verfügbar, aber wir können die ersten drei Quartale, d. h. Januar bis September 2022, betrachten.

Nachfolgend finden Sie zwei Tabellen, eine für "positive Entscheidungen insgesamt", die auch den humanitären Schutz einschließt, eine Kategorie, die nicht von allen Ländern gewährt wird, und eine nur für den Genfer Status und den subsidiären Schutzstatus.

*Insgesamt gewährter Schutz Jan-Sept 2022 (Genfer Status, subsidiärer und humanitärer Schutz)*

<b>Mitgliedsstaat</b>	<b>Insgesamt</b>	<b>Pro 1 Million Einwohner</b>
Österreich	12.255	1.365
Griechenland	14.370	1.355
Luxemburg	755	1.170
Deutschland	95.745	1.150
Estland	1.075	807
Niederlande	11.785	670
Belgien	7.290	627
Irland	2.980	589
Bulgarien	3.720	544
Zypern	460	508
Spanien	23.390	493
Frankreich	26.180	386
Italien	19.665	333
Schweden	2.320	222
Malta	105	202
Finnland	835	150
Lettland	170	91
Litauen	220	78
Slowenien	160	76
Polen	2.670	71
Dänemark	285	49
Rumänien	745	39
Portugal	345	33
Tschechische Republik	250	24
Slowakei	60	11
Kroatien	20	5
Ungarn	25	3
EU-27	227.875	510

Quelle: Eurostat Data Browser, ["Erstinstanzliche Entscheidungen über Anträge nach Staatsangehörigkeit, Alter und Geschlecht - vierteljährliche Daten"](#), MIGR\_ASYDCFSTQ, Zugriff am 1. Februar 2023.

*Status nach der Genfer Konvention und subsidiärer Schutzstatus von Januar bis September 2022*

<b>Mitgliedsstaat</b>	<b>Insgesamt</b>	<b>Pro 1 Million Einwohner</b>
Griechenland	14.370	1.355
Österreich	12.025	1.339
Luxemburg	760	1.178
Deutschland	74.100	890
Estland	1.080	811
Niederlande	11.080	630
Belgien	7.290	627
Bulgarien	3.715	543
Zypern	455	503
Frankreich	26.180	386
Irland	1.105	218
Spanien	10.355	218
Italien	11.525	195
Schweden	1.965	188
Malta	95	182
Finnland	725	131
Lettland	165	88
Litauen	220	78
Slowenien	160	76
Polen	2.665	71
Dänemark	240	41
Rumänien	740	39
Portugal	345	33
Tschechische Republik	250	24
Slowakei	55	10
Kroatien	20	5
Ungarn	30	3
EU-27	181.695	407

Quelle: Eurostat Data Browser, ["Erstinstanzliche Entscheidungen über Anträge nach Staatsangehörigkeit, Alter und Geschlecht - vierteljährliche Daten"](#), MIGR\_ASYDCFSTQ, Zugriff am 1. Februar 2023.

## 8.1 Gesamtausreisen

Kennzahlen	Gesamt	davon männlich	davon weiblich	keine Angabe
<b>Freiwillige Ausreisen</b>	<b>6.571</b>	<b>4.423</b>	<b>2.147</b>	<b>1</b>
davon unterstützte freiwillige Rückkehr	2.456	1.921	535	0
davon sonstige freiwillige Ausreisen	3.782	2.183	1.598	1
davon freiwillige Ausreise nach § 133a StVG	333	319	14	0
<b>Zwangswise Außerlandesbringungen</b>	<b>4.457</b>	<b>3.886</b>	<b>569</b>	<b>2</b>
davon Abschiebungen	3.372	2.933	437	2
davon Dublinüberstellungen	1.085	953	132	0
<b>Gesamt</b>	<b>11.028</b>	<b>8.309</b>	<b>2.716</b>	<b>3</b>

## 8.2 Gesamtausreisen nach Staatsangehörigkeit

Nationalität	Zwangswise	davon Abschiebungen	davon Dublin	Freiwillig	davon unterstützte Ausreise	davon sonstige Ausreise	davon 133a StVG	Gesamt
Slowakei	1.061	1.061	0	123	12	60	51	1.184
Serbien	287	286	1	778	481	244	53	1.065
Ukraine	20	5	15	991	23	968	0	1.011
Rumänien	342	342	0	255	44	128	83	597
Ungarn	461	461	0	57	10	28	19	518
Albanien	49	43	6	376	155	218	3	425
Georgien	77	56	21	344	155	181	8	421
Indien	128	69	59	220	117	103	0	348
Nigeria	174	104	70	172	94	66	12	346
Türkei	78	56	22	227	116	105	6	305
China Volksrepublik	3	0	3	261	151	110	0	264
Polen	211	211	0	30	6	10	14	241
Nordmazedonien	39	38	1	201	136	63	2	240
Bosnien- Herzegowina	29	29	0	203	80	115	8	232
Afghanistan	153	12	141	74	10	62	2	227
Moldau	68	20	48	147	116	27	4	215
Russische Föderation	40	2	38	152	61	90	1	192
Bulgarien	102	102	0	81	39	37	5	183
Syrien	110	21	89	63	45	18	0	173
Irak	38	9	29	117	84	33	0	155
<b>Top 20</b>	<b>3.470</b>	<b>2.927</b>	<b>543</b>	<b>4.872</b>	<b>1.935</b>	<b>2.666</b>	<b>271</b>	<b>8.342</b>
Rest	987	445	542	1.699	521	1.116	62	2.686

Abteilung V/B/8 – Asyl

Quartalsstatistik Q1-Q4 2022, Stand 01-2023

20

#### 4.1 Positive Entscheidungen

Positive Asylentscheidungen umfassen Entscheidungen nach § 3 AsylG 2005 (Asylstatus), § 8 AsylG 2005 (subsidiärer Schutz), § 55-57 AsylG 2005 (amtswegige Erteilung von Aufenthaltstiteln aus berücksichtigungswürdigen Gründen).

Nationalität	Asylstatus	Subsidiärer Schutz	§§ 55-57 AsylG	Gesamt	davon männlich	davon weiblich	keine Angabe
Syrien	8.434	2.931	6	<b>11.371</b>	8.534	2.837	0
Afghanistan	1.245	1.008	9	<b>2.262</b>	1.337	925	0
Somalia	545	452	4	<b>1.001</b>	592	409	0
staatenlos	287	75	7	<b>369</b>	241	128	0
Russische Föderation	219	15	52	<b>286</b>	152	134	0
Irak	124	112	26	<b>262</b>	129	133	0
Iran	203	9	8	<b>220</b>	119	101	0
Jemen	20	90	1	<b>111</b>	94	17	0
Türkei	89	5	6	<b>100</b>	53	47	0
China Volksrepublik	53	1	1	<b>55</b>	21	34	0
Pakistan	31	0	10	<b>41</b>	20	21	0
Ukraine	3	37	1	<b>41</b>	20	21	0
Eritrea	33	2	0	<b>35</b>	14	21	0
Nigeria	1	23	10	<b>34</b>	16	18	0
ungeklärt	28	1	0	<b>29</b>	16	13	0
Venezuela	0	19	4	<b>23</b>	12	11	0
Armenien	2	6	9	<b>17</b>	4	13	0
Bangladesch	16	0	0	<b>16</b>	11	5	0
Tadschikistan	14	0	0	<b>14</b>	7	7	0
Äthiopien	11	2	0	<b>13</b>	7	6	0
<b>Top 20</b>	<b>11.358</b>	<b>4.788</b>	<b>154</b>	<b>16.300</b>	<b>11.399</b>	<b>4.901</b>	<b>0</b>
Rest	113	39	29	181	98	83	0
<b>Gesamt</b>	<b>11.471</b>	<b>4.827</b>	<b>183</b>	<b>16.481</b>	<b>11.497</b>	<b>4.984</b>	<b>0</b>



## WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN



TV-Diskussion auf *Deutsche Welle*: [Flucht und Migration nach Europa: Einwanderung steuern, wie geht das?](#) (März)

„Die Europäische Union sollte ab einem Stichtag jeden zurücknehmen, der mit einem Boot den Ärmelkanal irregulär überquert. Dafür müsste Großbritannien sich bereiterklären legal Menschen aufzunehmen.“

Meinungsartikel *Die Zeit*: [Wer nur von Abschiebung spricht, der blendet](#) (Februar)

„Noch nie hat Deutschland so viele Geflüchtete aufgenommen wie im vergangenen Jahr. Um dieser Aufgabe Herr zu werden, braucht es mehr als billige Versprechen.“

Öffentliche Diskussion am WZB: [Konzeptlosigkeit der EU bei Asylrecht](#) (Februar)

"Wer es nach Europa schafft, der oder die kann davon ausgehen, dass er bleibt." Mit Gerechtigkeit hat das nur sehr wenig zu tun.